



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/100 - 2.5.1957

Hinweise

auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-33

Fernschreiber 0886890

Lord Ismay oder von Brentano?	S. 1
NATO-Konferenz und Abrüstung	S. 2
Österreich vor der Präsidentenwahl	S. 4
Um die Wahlgelder des BHE	S. 6
Das Tagebuch von Hiroshima (II und Schluss)	S. 7

Der Weg wäre frei, wenn...

sp- Die am heutigen Donnerstag in Bonn-Bad Godesberg feierlich eröffnete NATO-Tagung hat schon am Mittwoch ihre ersten Schatten vorausgeworfen. NATO-Generalsekretär Lord Ismay erklärte auf einer Pressekonferenz, der Rat werde wahrscheinlich, entsprechend einem Wunsche der Militärs, den Mitgliedstaaten die atomare Bewaffnung vorschlagen. Kein Land sei jedoch durch Ratsbeschlüsse gebunden. Wenn ein NATO-Mitgliedstaat keine Aufrüstung mit Atomwaffen wolle, dann sei es Sache dieses Landes, dies für sich zu entscheiden. Ausserdem habe jedes Mitgliedsland das Recht, die Stationierung von Atomsprengekörpern auf seinem Boden zu verhindern.

Es ist kaum anzunehmen, dass Lord Ismay diese Erklärung abgegeben hat, ohne sich bewusst zu sein, wie sehr er damit die Situation in der Bundesrepublik anspricht. Noch am Montag Nachmittag hatte Aussenminister Heinrich von Brentano vor der Bonner Presse auf eine entsprechende Frage eingemäss gesagt, dass die Entscheidung über die Stationierung von Atomsprengekörpern bei der NATO liege und dass - jetzt wörtlich! - "die Bundesregierung weder das Recht noch die Pflicht hat, zu widersprechen".

Stellt man die Äusserungen des Bundesausserministers denen des NATO-Generalsekretärs gegenüber, dann gibt es für die Beurteilung des offensichtlichen Gegensatzes zwei Möglichkeiten. Entweder: der Bundesausserminister weiss überhaupt nicht, was in der NATO gespielt wird, oder: die jetzige Bundesregierung drängt mehr auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr oder die Stationierung von Atomsprengekörpern im Bundesgebiet, als die führenden Männer der NATO selbst.

Am 10. Mai wird der Deutsche Bundestag die Frage der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik zu erörtern haben. Mit Recht hat Oppositionsführer Ollerhauer am 1. Mai in Hannover erklärt, er sei ausserordentlich gespannt, ob die Bundesregierung angesichts der Äusserung des NATO-Generalsekretärs dem Willen des Volkes Rechnung tragen werde, das die Bundesrepublik nicht in die atomare Aufrüstung einbezogen wissen wolle. Nach den eindeutigen Erklärungen Lord Ismays braucht sich das offizielle Bonn jetzt nicht mehr hinter der "Bandenstreife" zu verstecken; es hat die Möglichkeit, eine selbständige Entscheidung im Interesse des deutschen Volkes zu treffen. Der Weg wäre frei, wenn...

* * *

Adenauer muss sich jetzt entscheiden

sp- Es ist sicher kein Zufall, dass die Sowjets einen Tag vor Beginn der NATO-Konferenz in Bonn auf der Londoner Abrüstungskonferenz einen neuen Plan zur Luftinspektion vorgelegt haben. Moskau erklärte sich bereit, das östliche Sibirien für die von den USA gewünschte Luftinspektion freizugeben, wenn gleichzeitig Alaska und der westliche Teil der USA in ein solches System der Luftüberwachung einbezogen werden. Ausserdem hat der russische Delegationsführer Sorin die Beendigung oder zeitweise Unterbrechung der Versuche mit Kernwaffen gefordert, sowie eine Versichterklärung aller Staaten, solche Waffen anzuwenden.

Die Wirkung dieser neuen sowjetischen Vorschläge war "durchschlagend". Die Konferenz, die in dieser Woche ursprünglich normal weitergehen sollte, wurde bis zur Beginn der nächsten Woche vertagt; ganz offensichtlich, um dem in Bonn versammelten NATO-Rat Zeit zu lassen, sich mit seinen eigenen Entscheidungen auf die neuen sowjetischen Vorschläge einzustellen. Moskau hat nämlich auch seine früheren Vorschläge zur Verringerung der Streitkräfte der USA, der Sowjetunion und Chinas auf je 2,5 Millionen Mann und die Verringerung der Streitkräfte Grossbritanniens und Frankreichs auf je 750 000 Mann wieder aufgegriffen. Ausserdem schlug Sorin die Kürzung der Rüstungsausgaben aller Staaten um 15 % vor.

Zweifellos wollen die Sowjets durch diese Vorschläge erreichen, dass die an sich nicht ungünstigen Voraussetzungen für eine neue "Gipfelkonferenz" der Grossmächte erhalten oder gar verbessert werden. Es ist deshalb bemerkenswert - und das zeigen die Äusserungen des NATO-Generalsekretärs Lord Ismay in Bonn - dass auf der Bonner Tagung nach Angabe Lord Ismays keine Frage erörtert werden soll, die eine sofortige Entscheidung der Ratsmitglieder erfordere. Lord Ismay betonte, im Mittelpunkt der Konferenz werde ein grosser Gedankenaustausch über die wichtigsten politischen Fragen stehen, zu denen natürlich auch das Verhältnis der Westmächte zur Sowjetunion gehöre.

Dass auch die offizielle amerikanische Aussenpolitik bemüht bleibt, das Klima für weitere Abrüstungsverhandlungen günstig zu erhalten, ersieht man aus den ersten aus Washington kommenden Reaktionen zum sowjetischen Abrüstungsvorschlag. Dort betonte man, der sowjetische Vorschlag könnte Möglichkeiten für Fortschritte auf dem Wege zu einem Abrüstungsabkommen eröffnen. Regierungssprecher erklärten, die neuen

Sowjetischen Vorschläge seien "sehr interessant" und es sei besonders bemerkenswert, dass Moskau nicht auf die Auflösung aller amerikanischen Stützpunkte in Übersee als Vorbedingung für ein Abkommen bestanden habe. Auch die sehr gut informierte "Washington Post" meint, dass die neuesten sowjetischen Abrüstungsvorschläge einige Hoffnung gestatten, einen ersten Schritt zur Abrüstung näherzukommen.

Unter diesen Umständen ist es nicht erstaunlich, dass man in Bonn seit Donnerstags früh zahlreiche Andeutungen über die Möglichkeiten der Erzielung eines Grossmächte-Gesprächs zur Einrichtung einer militärisch verdünnten Zone in Europa hört. Wenn man auch nicht annimmt, dass dieses Thema anlässlich der Bonner NATO-Konferenz die entscheidende Rolle spielen wird, so vermutet man jedoch, dass es - besonders inoffiziell und in Zusammenhang mit dem Stand der Londoner Abrüstungsverhandlungen - bedeutsamer werden könnte als man bisher annahmehm dürfte.

Die Blicke der Welt sind jetzt auf Bonn gerichtet; sowohl auf die NATO-Tagung, wie auch auf die Regierung Adenauer. Man weiss jetzt, dass ein Beharren auf der ursprünglich von dieser Regierung geäusserten Absicht, auch die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten, die Spannungen zwischen Ost und West erhöhen und damit die Chancen für ein erneutes Gespräch über die Wiedervereinigung Deutschlands verringern würde. Sollte die Bundesrepublik bereits eine Regierung, die gewillt ist, durch einen eigenen deutschen Beitrag die Entspannung zu fördern, wäre die Situation klar. Eine sozialdemokratische Regierung würde jetzt durch einen positiven Beitrag zur Entspannung die Abrüstungstendenz in der Welt stärken, um dadurch der Sicherheit des ganzen deutschen Volkes zu dienen.

* * *

Ein hartes Rennen

ler. Der Artikel 13 des Österreichischen Staatsvertrages verbietet der Republik Österreich den Besitz und die Erzeugung von Atom- und Raketenwaffen. Der Präsidentschaftskandidat der Österreichischen Volkspartei, der Arzt und Wissenschaftler Professor Dr. Wolfgang Denk, sagte in einem Interview, er werde, falls er am kommenden Sonntag als Sieger aus der Volkswahl des Bundespräsidenten hervorgeht, sich um eine Revision dieser Bestimmungen durch baldigste Aufnahme von Verhandlungen mit den Vertragspartnern bemühen. Damit hat die weltweite Diskussion um das Für und Wider der Ausrüstung von Armeen mit atomaren Waffen und Fernraketen in der letzten Phase dieses Wahlkampfes auch in unserem südlichen Nachbarland begonnen, sie bildet einen wesentlichen Teil der Auseinandersetzung zwischen Denk und seinem Rivalen, dem Kandidaten der Sozialisten, Vizekanzler Dr. Schürf. Will aber das österreichische Volk einen Mann, der solche Waffen empfiehlt, als Bundespräsidenten und Oberbefehlshaber des Bundesheeres sehen?

Starke Stellung des Bundespräsidenten

Die österreichische Verfassung verleiht dem Bundespräsidenten eine starke Stellung. Er erkennt die Bundesregierung und kann sie abberufen; er kann die Volksvertretung auflösen und Neuwahlen herbeiführen; er hat das Recht, in bestimmten Fällen Notverordnungen zu erlassen.

Die bisherigen Präsidenten der zweiten Republik Österreichs, der unvergessliche Karl Renner und der ehemalige General der Kaiserlichen Armee Theodor Körner, machten von ihren Rechten weiten Gebrauch. Beide waren Sozialisten, beide waren grosse Staatsmänner, die unauslöschliche Spuren ihres Wirkens in der österreichischen Geschichte hinterliessen. Beide legten grössten Wert auf den Ausgleich der inneren Gegensätze. Unter ihrer Führung und im Zusammenwirken von Sozialisten und Volksparteilern, seit dem Wiedereinstehen dieses Landes in ununterbrochener Koalition verbunden, gedieh Österreich zu nie gekannter Blüte. Der österreichische Schilling gehört heute zu einer der besten Währungen der Welt, die Folgen von Kriegs- und unmittelbarer Nachkriegszeit sind grösstenteils überwunden, mit dem Abschluss des Staatsvertrages errang es seine völlig Souveränität. Die Verpflichtung zur militärischen Neutralität, die es mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages übernahm, hält Österreich aus dem west-östlichen Spannungsfeld heraus, und der Tag mag nicht allzu fern sein, wo es eben wegen seiner neutralen Stellung, die nicht zu verwechseln ist mit einer neutralistischen Haltung, vielleicht als Vermittler gesucht wird.

Unter Sozialisten gab es Ruhe und Frieden

Nie hätte Österreich seinen erstaunlichen Aufstieg ohne das Gleichgewicht seiner sozialen und politischen Kräfte, verkörpert in den beiden grossen Parteien, den Sozialisten und den Volksparteilern, erreichen können. Es war von grosser Bedeutung, dass in der Nachkriegszeit Männer an der Spitze standen, die, wie sich Vizekanzler Schürf ausdrückte, immer wieder archende Brücke gekittet und aufbrechende Klüfte überbrückt haben. Seit 1945 war stets ein Sozialist Bundespräsident, ein Mann der Volkspartei Bundeskanzler. Diese innerpolitische Kräfte- und Ämterverteilung zwang zum ständigen Kompromiss, er brachte Österreich zu Freiheit und Wohlstand und bewahrte es vor dem Rückfall in die zwanziger

und dreissiger Jahre, wo sich beide Parteien als feindliche Lager gegenüberstanden. Unter einem christlichsozialen Präsidenten, dem schwachen und tatenlosen Miklas und unter einem christlichsozialen Bundeskanzler, dem arggeizigen Dollfuß, dessen Vorbild Mussolini war, erlitt Österreich die Schrecken des Bürgerkrieges und der Diktatur. Unter einer Einparteienherrschaft kam es zu Konzentrationslagern und Hinrichtungen politischer Gegner. Mit der gewaltsamen Auflösung der Österreichischen Sozialdemokratie im Jahre 1934 verlor das Alpenland seine innere und bald darauf auch seine äussere Freiheit. Solche von Blut und Honern gezeichneten Spuren einer düsteren Vergangenheit schreckten die Politiker und Staatsmänner beider Parteien ab als sie nach dem Zusammenbruch zum Wiederaufbau ihres Landes schritten. Unter Sozialisten als Präsidenten gab es Ruhe und Frieden.

Die Leistungen Dr. Schärfs

Wer sind die beiden Männer, die sich um das höchste Amt in Österreich bewerben? Vizekanzler Dr. Schärf bedarf keiner besonderen Vorstellung. Der Freund eines Karl Renner und Theodor Körner hat eine lange politische Laufbahn hinter sich, als Politiker und Staatsmann hat sein Name internationalen Klang, aus der Nachkriegsgeschichte Österreichs ist er nicht wegzudenken. Der Wiederaufbau der zweiten Republik vollzog sich auf dem Boden der Verfassung aus den Jahren vor 1933. Dies ist ein Verdienst Schärfs, der als damaliger Staatssekretär Dr. Renners sich gegen die Ausarbeitung einer neuen Verfassung wandte und dafür die Zustimmung des ganzen Kabinetts gewann. So wurden Österreich langwierige Verfassungskämpfe erspart, die zum Untergang der Demokratie in Osteuropa führten und Italien und Frankreich lange Zeit in Unruhe hielten.

Eine politische Großtat gelang dem Politiker und Juristen Schärf bei den Moskauer Verhandlungen mit der Freigabe der von den Russen ausgebeuteten und konzedierten österreichischen Ölquellen und der Donau-Kampfschiffahrtsgesellschaft, früheres deutsches Eigentum, das die Sowjetunion noch für viele Jahre für sich beanspruchen wollte. Der Bundeskanzler Ing. Raab legte bei den Verhandlungen keinen besonderen Wert auf eine rasche Rückgabe, er wollte sich mit weniger zufriedengeben. Schärfs Argument, dass Österreich nie ganz Herr im eigenen Hause sein werde, solange es russischen Ölbesitz und Hafenanlagen in Österreich gebe, drang schliesslich durch, zur Überraschung Raabs selbst zeigten sich die Russen hier nachgiebiger als er angenommen hatte. Mit ebenso grosser Begehrlichkeit setzte sich Schärf für einen raschen Abzug russischer Truppen aus Österreich nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages ein. Die Russen wollten ursprünglich noch 18 Monate im Lande verbleiben, undenkbar, welche internationalen Verwicklungen angesichts der Ungartragödie entstanden wären, hätte die Sowjetunion auch noch von Wien aus die Möglichkeit eines Eingreifens gehabt.

Es geht um die innerpolitische Stabilität

Ein Sieg Schärfs bedeutet innerpolitische Stabilität, Fortführung der gegenwärtigen Koalitionspolitik, sozialer Ausgleich und Erhaltung des Gleichgewichts; keine Partei würde in der Lage sein, über die andere Partei zu dominieren. Die Schrecken des 12. Februar 1934 wären endgültig verbannt.

Was aber würde ein Sieg Dr. Doniks bedeuten? Der Kandidat der Österreichischen Volkspartei ist trotz seines hohen Alters ein Neuling in der Politik, ihm fehlen alle politischen Erfahrungen. Als Arzt-Wissenschaftler genießt er Weltruf. Genügt das, um ein ebenso guter, sein Wohl - 6 -

2.5.1957

des ganzen Landes verantwortlichen Bundespräsident zu sein? Dies ist das stärkste Argument der österreichischen Sozialdemokratie, das durch die unbestreitbare geschichtliche Tatsache untermauert wird, dass unter christlichsozialen Präsidenten die innerpolitischen Gegensätze zum Bürgerkrieg entarten und damit die Demokratie zu Grabe tragen. Am kommenden Sonntag wird sich das österreichische Volk zwischen dem Fachmann der Medizin, Denk, und dem anerkannten Staatsmann und lauterem Demokraten, Scharf, zu entscheiden haben. Drei Tage vor der Wahl scheint der Ausgang noch völlig offen zu liegen.

* * *

Ist eine Klage zu erwarten?

sp- Die öffentliche Behauptung des Wahlpropagandal Leiters der Freien Demokraten, Böring, der BHE habe sich mit der Annahme von Wahlgoldern - es wurde in diesem Zusammenhang die Summe von anderthalb bis zwei Millionen genannt - schon politisch festgelegt, hat der BHE mit der Ankündigung eines gerichtlichen Schrittes gegen "alle Verleumder" beantwortet. Hoffentlich macht der BHE seine Drohung wahr; es wäre dies der beste Weg, einen Hintergrund zu beleuchten, der nach dem Düsseldorf-Parteitag dieser Partei noch undurchsichtiger wurde.

Der Anruf nationalistischer Instinkte mag aus der besonderen Situation dieser Partei heraus noch verständlich erscheinen, obwohl sich niemand einer gefährlichen Täuschung über die Wirkungen im Ausland hingeben darf. Die Sache wird jedoch anrüchlicher, wenn es wahr sein sollte, wofür viele Anzeichen sprechen, dass die CDU, wenn auch nicht in direkter Weise, hinter den Geldzuwendungen an den BHE stecken sollte. Das käme einem Betrug an den Wählern gleich. Die CDU-Politik hat uns in der Wiedervereinigung nicht einen Schritt weitergebracht. Das spüren die Vertriebenen am schmerzlichsten. Welch ein groteskes Bild: der BHE spricht "von der Saar bis zur Memel" und entfacht damit die nationalistische Brandfackel, während die ihm nun so wohlwollend gesinnte CDU durch ihre Passivität in der Deutschlandfrage und durch ihre einseitigen militärischen Westbündnisse den Weg nach Berlin als der ersten not nötigen Station auf dem Wege zu einem wiedervereinigten Deutschland mit schweren Hindernissen belegt. Das hindert diese Vertriebenen-Partei nicht, die CDU aus ihrer Angriffslinie herauszunehmen, der Kampf soll fast ausschliesslich der Sozialdemokratie gelten, jener Kraft in der deutschen Politik, die sich der Verhärtung des Status quo am leidenschaftlichsten widersetzt.

Diese fragwürdige und zwielichtige Haltung dürfte dem BHE nicht gerade zu dem erhofften Sprung über die 5-Prozent-Hürde verhelfen. Auf Doppeldeutigkeiten dürfte der deutsche Wähler recht sauer reagieren.

* * *

2.5.1957

Vorspiel zur Apokalypse (II und Schluss)

7. August.-

Ich muss tief geschlafen haben, denn als ich die Augen öffnete, stand die Sonne schon ziemlich hoch am Himmel. Es waren weder Fensterläde noch Vorhänge vorhanden, um das blendende Licht abzuschirmen. Alles befand sich in unbeschreiblicher Unordnung; im Krankenhaus herrschte von oben bis unten ein wahres Chaos. Von allen Seiten das Seufzen und Stöhnen der Verletzten. Rechts von mir lag meine Frau. Ihr Gesicht war völlig von einer weissen Salbe bedeckt, die sie wie in Gespenst aussehen liess. Diner ihrer Arme war geschient, Fräulein Kado, die nur leicht verletzt war, sass zwischen uns beiden; sie hatte die ganze Nacht über Wache bei uns gehalten.

Ich erkannte die Frau des Dr. Fugi. Auf ihrem Antlitz drückte sich völlige Trostlosigkeit aus. Fräulein Kado sagte mir:

"Sie sind nur leicht verletzt, aber ihr Kind ist heute nacht gestorben. Der Doktor selbst ist gestern nachmittag von hier weggegangen, um die ältere Tochter zu suchen, die spurlos verschwunden ist. Wahrscheinlich sucht er noch nach ihr unter den Trümmern..."

Dr. Katsubé untersuchte mich und fühlte meinen Puls:

"Bei Ihnen ist kein lebenswichtiges Organ in Mitleidenschaft gezogen worden, auch wenn Sie viele Wunden abgekriegt haben".

Er beschrieb sie mir in einzelnen und erklärte, wie man sie behandelt habe. Der Optimismus, mit dem er meine baldige Wiederherstellung in Aussicht stellte, floss mir wieder Zuversicht ein.

"Wieviel Verletzte sind denn im Krankenhaus?", fragte ich Dr. Koyama der die ganze Nacht hindurch operiert hatte. "Etwa 150", erwiderte er. "Viele davon sind gestorben und es gibt noch so viele, die im Sterben liegen, dass wir gar nicht wissen, wohin mit ihnen... Es gibt nicht ein freies Fleckchen, wo man hintraten könnte. Wir mussten Verletzte sogar in den Toiletten unterbringen."

Es war niemand da, der sich hygienisch um die Verletzten kümmerte, noch jemand, der ihnen das Essen zubereiten konnte. Die Lage wurde dadurch noch verschlimmert, dass zahllose Fälle von Erbrechen und Durchfall aufgetreten waren. Die Verletzten, die sich nicht bewegen konnten, verrichteten ihre Notdurft dort, wo sie sich gerade befanden. Die noch laufen konnten, gingen bis vor die Tür und taten es an der Schwelle... Alle, die eintraten und hinausgingen, traten auf den ganzen Unrat, und von einem einzigen Tag her war der Haupteingang des Krankenhauses über und über mit Exkrementen bedeckt, ohne dass die Möglichkeit bestanden hätte, dies zu vermeiden, denn es gab weder Urin-laschen noch Stechbecken, und hätte es sie gegeben, so hätte sich niemand damit befassen können, sie den Kranken zu bringen... Das Wegschaffen der Leichen war verhältnismässig leicht, aber die Säle und Gänge von den Ausscheidungen zu säubern, war ein unlösbares Problem.

"Wann darf ich denn aufstehen?", fragte ich, als ich mir klar wurde, was für ungeheure Schwierigkeiten im Krankenhaus entstanden waren.

"Auf keinen Fall eher als bis die Fäden gezogen sind; mindestens

2.5.1957

noch eine Woche", erwiderte Dr. Katsubé. Alle Ärzte des Krankenhauses kamen zu mir, um nach meinen Wunden zu fragen und mir rasche Genesung zu wünschen. Dr. Nishimura, Vorsitzender des Ärzteverbandes von Okayama, hatte einen Weg von 130 km zurückgelegt, um mich zu besuchen. Wir waren zusammen auf der Universität gewesen. Er konnte einige Tränen nicht zurückhalten, als er mich sah. Nachdem er sich über meinen Zustand erkundigt hatte, erzählte er mir:

"Gestern abend erfuhren wir, dass Hiroshima einen Luftangriff durchgemacht habe, bei dem eine neue Waffe benutzt worden ist. Man sagte uns erst, die Verluste seien unbedeutend gewesen, aber ich wollte mich selber vorgewissern. Ich habe mir daher einen kleinen Wagen gemietet und bin, so schnell wie ich nur konnte, selber hergefahren. Und was für ein Bild hat sich meinen Augen geboten!!"

Und dann berichtete er mir von den entsetzlichen Szenen, deren Zeuge er bei seinem Eintreffen in der Stadt gewesen war. Er versprach mir, meiner Mutter von unserer Rettung zu berichten. Ausserdem beabsichtigte er, eine Ärztegruppe zusammen mit Krankenschwestern zu organisieren und alsbald herzuschicken.

Dr. Katsutani, ein alter Freund von mir, war zu Fuss aus dem 16 km entfernten Jigozen gekommen, um mich aufzusuchen.

"Das Post- und Telegraphenamt ist das einzige Gebäude in 2 km Umkreis, das stehen geblieben ist", sagte er. Inmitten der ganzen Verwüstung konnte man es schon von weitem ganz deutlich und einsam dastehen sehen. Ich musste die Eisenbahnschienen entlang gehen, um hierher zu gelangen. Auch der Schienenweg war von einem Wirrwarr elektrischer Kabel und zerstörter Eisenbahnwaggos versperrt. Als ich an die Brücke kam, bot sich mir ein entsetzlicher Anblick. Sie werden mir's kaum glauben. Da sass ein Mann auf dem Fahrrad. Gegen das Brückengeländer gelehnt, schien er über die Trümmer der Stadt hin zu blicken. Als ich näher kam, sah ich, dass er tot war. Die Bombenexplosion hat ihn in eine Statue verwandelt. Kann man sich so etwas überhaupt vorstellen?"

Den letzten Satz wiederholte er immer und immer wieder, gerade als ob er sich selber überzeugen wollte, dass das, was er sagte, die muttere Wahrheit sei.

Dann fuhr er fort:

"Die meisten Toten befinden sich auf oder unter der Brücke. Es ist leicht zu erraten, dass viele Verletzte zum Fluss hingegangen sind, um ihren Durst zu löschen, und dabei sind sie umgekommen. Ich habe im Fluss selbst viele Lebende gesehen, die noch zwischen den Leichen mit Händen und Füssen herumruderten; und sie alle wurden von der Strömung in Richtung auf das Meer hin fortgerissen. Hunderte, Ja Tausende müssen sich ins Wasser gestürzt haben, um vor den Flammen zu fliehen und sind ertrunken... Ich sah einen Soldaten, dessen Gesicht bloss noch ein schwarzes Loch war; Augen und Ohren war n verbrannt. Nur noch zwei Reihen weisser Zähne standen aus dem schwarzgebrannten Fleisch hervor. Er bat mich, ich solle ihm Wasser geben, aber ich hatte keins. Ich konnte nichts weiter tun, als die Hände zu falten und für ihn zu beten. Er sagte kein Wort mehr, die er mir vorbrachte, muss wohl seine letzte gewesen sein."

Dr. Katsutani schien geradezu erleichtert zu sein, wie er mir diese entsetzlichen Szenen berichtete. Während er sprach, kamen viele Leute

herbei, um zuzuhören. Jemand fragte ihn, was er denn im Augenblick der Explosion getan habe.

"Ich hatte gerade gefrühstückt und wollte mir eine Zigarette anzünden. Da sah ich plötzlich einen ganz hellen Blitz aufleuchten, dem unmittelbar eine Explosion folgte. Einen derartigen Krach habe ich noch nie in meinem Leben gehört. Schrecklich! In dem Gefühl, es müsse sich in Hiroshima etwas sehr Ernstes ereignet haben, ging ich aufs Dach, um einen Blick in Richtung auf die Stadt binzuwerfen. Man sah einen riesigen Rauchpilz zum Himmel emporsteigen, der sich dann langsam auflöste. Ich eilte zum Militärposten und berichtete dem diensthabenden Offizier, der, ohne meiner Schilderung Glauben zu schenken, erklärte: "Machen Sie sich keine Sorgen. Eine oder zwei Bomben können in Hiroshima nur wenig Schaden anrichten." Ich wollte eine Hilfsmannschaft zusammenstellen, setzte mich aufs Fahrrad und fuhr nach Itsukaichi. Als ich dort eintraf, kam man vor Menschen, die die ersten Verletzten mit sich brachten, auf der Landstrasse überhaupt kaum weiter. Ich versuchte in Erfahrung zu bringen, was eigentlich passiert sei, aber niemand konnte mir eine zufriedenstellende Antwort erteilen. Als ich die Leute fragte, woher sie kämen, beschränkten sie sich darauf, mit dem Finger in Richtung Hiroshima zu zeigen und zu sagen: "Von da!". Und als ich sie weiter fragte, wohin sie gingen, wiesen sie mit dem Finger in die entgegengesetzte Richtung: "Dorthin"! Sie alle machten den Eindruck, als seien sie völlig verstört, denn alle gaben die gleiche Antwort.

* * *

Süd-West-Punkt:

Diskussion über entmilitarisierte Zone

"Die Idee einer entmilitarisierten Zone in Mitteleuropa, nicht in der engen Fassung Bulgariens, sondern im weiteren Rahmen eines neuen europäischen Sicherheitssystems gewinnt in der internen politischen Auseinandersetzung in Grossbritannien immer mehr an Boden. Die Labour-Party hat sich bekanntlich offen auf eine Lösung dieser Art festgelegt. In konservativen Kreisen wird die Möglichkeit in letzter Zeit erheblich häufiger und freimütiger als noch vor kurzem diskutiert, ohne dass man indessen zu festen Vorstellungen und Entschlüssen gekommen ist. Aber die Überzeugung, dass eine Lösung für die schwebenden europäischen Probleme wahrscheinlich nur auf dieser Linie gefunden werden kann, scheint sich immer stärker durchzusetzen. Dahinter steht auch das Unbehagen darüber, dass vielleicht zwei mit taktischen Atomwaffen ausgerüstete deutsche Armeen auf deutschem Boden gegenüberstehen könnten, falls man in den Abrüstungsverhandlungen das Atomwaffenmonopol der Grossmächte nicht erhalten kann."

* * *

Atomwaffen

"...das Monopol in der Hand einiger Grosser ist dem freien Besitz dieser furchtbaren Waffe in der Hand zahlreicher kleinerer und mittlerer Nationen noch immer weit vorzuziehen. Denn wenn etwa Deutschland und Frankreich diese Waffen erhalten, würden ja auch Polen und die Tschechoslowakei bald besitzen, und die Gefahr ihrer Benutzung wäre dann wesentlich grösser als bei ihrer Beschränkung auf einige grosse Mächte, auf deren Regierungen die öffentliche Meinung der Welt wenigstens einen gewissen, wenn auch sehr beschränkten Druck ausüben kann." (Die Welt', 24. April 1957)

* * *